

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Biographien

Heidelberg, 1.1875 - 6.1901/10(1935); mehr nicht digitalisiert

Brentano, Lorenz

urn:nbn:de:bsz:31-16275

teil. Bei dem Zustandekommen der auf diesen Versammlungen getroffenen, noch heute maßgebenden Vereinbarungen, nämlich der „Gesamtorganisation der deutschen Vereine zur Pflege im Felde verwundeter und erkrankter Krieger“ vom 20. April 1869 und der „Verbandsordnung der deutschen Frauenvereine“ vom 12. August 1871 hat auch er mitgewirkt. Über die Leistungen des Badischen Frauenvereins und des ihm während des Krieges verbundenen Badischen Männerhilfsvereins im deutsch-französischen Kriege hat er ferner in einem umfassenden offiziellen Berichte eine eingehende Darstellung geliefert (Die freiwillige Hilfs-tätigkeit im Großherzogtum Baden im Kriege 1870/71. Karlsruhe 1872). Ihm selbst wurde für seine Verdienste während des Krieges u. a. das Eisene Kreuz II. Klasse am weißen Bande verliehen. Auch nach seiner Rückkehr aus Magdeburg trat Bierordt im Jahre 1895 nochmals in die Reihen der Mitarbeiter des Badischen Frauenvereins als Beirat der Abteilung III desselben (für Krankenpflege), sah sich aber schon gegen Ende des gleichen Jahres genötigt, aus Gesundheitsrücksichten seine Tätigkeit wieder einzustellen und seine Arbeitskraft anderen, minder anstrengenden gemeinnützigen Aufgaben zuzuwenden, bis sein zunehmendes Leiden auch diese seinen Händen entwand. (Personalakten. — Geschichte des Badischen Frauenvereins. Karlsruhe 1881. — Blätter des Badischen Frauenvereins 24 [1900], 418.) *

Lorenz Brentano.

Ungefähr vierzig Tage hat die Revolution im Jahre 1849 in Baden geherrscht, recht kurze Zeit nur, wenn man bedenkt, wie gründlich und vollständig ihr erster Sieg gewesen war. Gewiß war es ausgeschlossen, daß sie auf die Dauer sich behaupten konnte, wenn es nicht gelang, auch die Nachbarstaaten auf dem eingeschlagenen Wege mit fortzureißen; aber daß die hierzu unternommenen Versuche so ganz fehlschlügen, war ebenso im eigentlichen Wesen dieser Revolution begründet, wie der Umstand, daß dieselbe späterhin dem Angriffe der Gegner keinen längeren und erfolgreichen Widerstand entgegenzusetzen vermochte. Schon unmittelbar nach dem Ausbruche der Revolution zeigte es sich, daß dieselbe im Lande nur einen geringen Anhang besaß; von einer republikanischen Gesinnung der Mehrheit der Bevölkerung war keine Rede, vielmehr stand diese den neuen Verhältnissen gleichgültig oder auch direkt feindlich gegenüber. Aber auch die Führer waren nicht

geschaffen, die begonnene Bewegung bis zur äußersten Möglichkeit durchzuführen. Unentschlossenheit und Halbheit waren die charakteristischen Eigenschaften der meisten von ihnen und nicht zuletzt gerade auch desjenigen, der als das eigentliche Haupt der Revolution bezeichnet werden kann, Brentanos. Vor dem Mai 1849 hatte er als Chef einer über das ganze Land verzweigten geheimen Verschwörung, als Redner in Volksversammlungen und in der Kammer es meisterlich verstanden, die Massen in beständiger Aufregung zu erhalten und die kommenden Ereignisse vorzubereiten; aber als diese eingetreten waren, scheute er sich, die letzten Folgerungen zu ziehen und war ängstlich bemüht, die entstandene Bewegung nach Möglichkeit einzudämmen und zu mäßigen. So hat gerade er nicht unwesentlich zur endlichen Niederlage der Revolution beigetragen und der bittere Tadel, der später von allen Seiten und nicht zuletzt auch aus dem eigenen Lager ihm in reichlichem Maße zuteil wurde, war kein unverdienter. — Laurentius Peter Karl Brentano wurde am 4. November 1813 zu Mannheim als Sohn des Handelsmannes Jakob Brentano geboren. Er studierte Jurisprudenz in Freiburg und Heidelberg (1831—1834). 1835 als Rechtspraktikant rezipiert, erhielt er 1837 das Schriftverfassungsrecht und wurde 1845 Obergerichtsadvokat beim Hofgericht des Mittelrheinkreises in Rastatt, mit dem er einige Jahre darauf nach Bruchsal übersiedelte. Schon frühe in das politische Parteileben verflochten, wurde Brentano, nach verschiedenen mißlungenen Versuchen einen Sitz in der zweiten badischen Kammer zu erlangen, Ende Dezember 1845 auf Jhsteins (vergl. Bad. Biogr. I, 430—434) Empfehlung an Stelle des aus der Kammer ausgetretenen Obergerichtsadvokaten Chr. W. Gerbel in Mannheim mit 52 von 65 abgegebenen Stimmen zum Abgeordneten gewählt. Das politische Glaubensbekenntnis, das er bei dieser Gelegenheit seinen Wählern ablegte, lautete dahin, daß er die politische und religiöse Freiheit in besonnener Weise erstreben, an der Verfassung festhalten und für deren Vollendung wirken wolle. Schon wenige Wochen nach seinem Eintritt in die Kammer wurde diese infolge der durch die Bittelsche Motion über die deutsch-katholische Bewegung (vergl. Bad. Biogr. II, 544) im Lande entstandenen Erregung am 8. Februar 1846 aufgelöst. Bei den Neuwahlen im April erhielt Brentano wiederum ein Mandat in Mannheim. Während der folgenden Tagung des Landtags brachte er eine Motion auf Erlassung eines Gesetzes über die Unabhängigkeit der Richter und richterlichen Behörden ein, welche die Zustimmung der Kammer fand.

Bei der Begründung der Motion in der Sitzung vom 16. Juni kam es zu einem heftigen Zusammenstoß zwischen ihm und dem Präsidenten des Justizministeriums, Geh. Rat Jolly, der durch wiederholte Zwischenrufe gegen das Hereinziehen von Vorkommnissen in anderen Ländern Einsprache erhob. Als infolge der Berufung des früheren Präsidenten der Zweiten Kammer J. B. Beck (Frühjahr 1846, vergl. Bad. Biogr. I, 61—69) schon bald nach Schluß des Landtages (17. September 1846) sich eine Spaltung innerhalb der bisherigen Kammeropposition vollzog und von der gemäßigt-konstitutionell gesinnten Mehrheit die radikalere Elemente sich trennten, schloß Brentano sich den letzteren an. Doch spielte er zunächst in der neuen Partei, der Hecker, Jhstein u. a. angehörten, noch keine besondere Rolle; in einem im Herbst 1846 in einem Mannheimer Blatte erschienenen Verzeichnis der ganzen Männer der Opposition im Gegensatz zu den „Halben“, den „Männern des Scheins“, war er noch nicht mitaufgeführt. Ein Jahr später war das allerdings schon anders geworden, und als gegen Ende des Jahres 1847 Brentano zusammen mit dem Kaufmann W. Sachs in Mannheim wieder in die Kammer gewählt worden war, wurde diese Wahl der Anlaß, daß eine von der Regierung geplante Reise Großherzog Leopolds nach Mannheim unterblieb. Am 9. Dezember 1847 wurde der neue Landtag eröffnet; am 12. Februar 1848 brachte der Abgeordnete Bassermann seine so berühmt gewordene Motion auf eine bundesstaatliche Reform der deutschen Föderation und eine Vertretung der deutschen Kammern beim Bundestag in Frankfurt ein (vergl. Bad. Biogr. I, 41). Man kennt die Stellung, welche diese Episode in der großen Bewegung einnahm, die bald darauf ganz Deutschland ergriff und den Zusammentritt des ersten deutschen Gesamtparlamentes in Frankfurt a. M. zur nächsten Folge hatte. Mit seinen engeren Gesinnungsgenossen in der Kammer stimmte auch Brentano für die Bassermannsche Motion. Am 5. März nahm er dann an der Besprechung der 51 Mitglieder deutscher Ständeversammlungen in Heidelberg teil und weiterhin in den Tagen vom 31. März bis 3. April in Frankfurt a. M. an den Verhandlungen des sogenannten Vorparlamentes. In den Fünfziger-Ausschuß des Vorparlamentes wurde er so wenig wie seine radikalen Freunde Hecker und Struve gewählt; er erhielt nur 70 Stimmen, während es jene wenigstens auf 171, bezw. 100 brachten. In die Nationalversammlung selbst schickte ihn der zweite badische Wahlbezirk, der die Ämter Radolfzell, Engen, Stockach und Hüfingen umfaßte; außerdem war er noch im

neunten Wahlbezirk (Mitter Bahr, Ettenheim, Haslach und Wolfach) gewählt worden. In Frankfurt trat er dem „Donnersberg“ bei, in dem sich die äußerste Linke vereinigte und von dessen etwa vierzig Mitgliedern außer ihm noch sechs weitere aus Baden waren. In aller Mund kam Brentanos Name, als sein Auftreten in der Nationalversammlung am 7. August 1848 den Anlaß zu einem großen Skandal gab. Es wurde darüber beraten, ob Hecker, der nach seiner verunglückten republikanischen Schilderhebung im April flüchtig gegangen war, zur Ausübung seines Mandates — er war in Tiengen für den vierten badischen Wahlbezirk in die Nationalversammlung gewählt worden — zugelassen werden solle oder nicht. Brentano sprach für die Zulassung und zog im Verlaufe seiner Rede einen Vergleich zwischen Hecker und dem Prinzen von Preußen, den er auf eine Stufe mit dem flüchtigen Volkstribunen stellte. Dies war das Zeichen zu einem Sturme, wie die Versammlung ihn bis dahin nicht gesehen hatte. Die Rechte und das Zentrum gaben ihrer Empörung in energischster Weise Ausdruck, während die Linke für Brentano eintrat. Die Sitzung mußte wiederholt unterbrochen werden und erst am 10. konnte die Verhandlung zu Ende geführt werden, worauf die Wahl Heckers mit großer Mehrheit für ungültig erklärt wurde. Brentano selbst hatte mit diesem Vorfalle seine Rolle in der Paulskirche so gut wie ausgespielt, wenn schon ihm derselbe in den radikalen Kreisen und namentlich in der von diesen abhängigen Presse kein geringes Ansehen verlieh. Auf der Rednerbühne erschien er nicht mehr und bald verschwand er überhaupt aus der Versammlung. Er zog es vor, seine Tätigkeit fortan ausschließlich nach der badischen Heimat zu verlegen, wo der auf die radikale Umgestaltung der bestehenden Zustände hinielende Richtung, der er sich mehr und mehr zuwandte, eine größere Aussicht auf Erfolg sich eröffnete als am Sitze der Nationalversammlung. — Baden war seit dem Februar des Jahres 1848 nicht mehr recht zur Ruhe gekommen. Damals hatte die Kunde von den Ereignissen in Paris, von der Abdankung Louis Philipps und der Verkündigung der Republik (24. Februar) im ganzen Lande große Aufregung hervorgerufen. Als bald wurden in zahlreich besuchten Volksversammlungen die jener Zeit geläufigen Forderungen nach Volksbewaffnung, Pressefreiheit, Schwurgerichten und der Berufung eines deutschen Parlamentes aufgestellt. Am 1. März strömten dann Deputationen aus allen Teilen des Landes in Karlsruhe zusammen, um der Zweiten Kammer ihre gleichlautenden Petitionen zu überreichen, in denen jene Wünsche

zusammengefaßt waren. Der Verlauf der Kammer Sitzung vom 1. März ist des öfteren ausführlich geschildert worden, insbesondere wie die Beratung unter lärmenden Kundgebungen der auf der Galerie des Sitzungsjaales und im Hofe des Ständehauses sich drängenden Volksmenge vor sich ging, wie Struve als Sprecher der Deputationen verlangte, in die Kammer eingelassen zu werden, und wie man sich einigte, daß er seinem Freunde Hecker die Petition im Zuhörerraum übergab. Zuletzt stellte dann Hecker im Namen von acht Mitgliedern des Hauses den Antrag auf Einführung einer ganzen Reihe weiterer Reformen. Brentano unterstützte ihn in der Begründung dieses Antrages, wobei er den Versuch machte, die unbequeme Gegnerschaft eines Mathy, der vor Überstürzung warnte und die geschäftsmäßige Behandlung des Antrags und seine Überweisung an die Abteilungen verlangte, dadurch aus der Welt zu schaffen, daß er gegen jenen den Vorwurf erhob, er wolle mit seinem Vorschlag den Antrag totschiagen, und diesen Vorwurf unter dem stürmischen Beifall der Galerie auch aufrecht erhielt, als Mathy sich mit aller Entschiedenheit gegen denselben verwahrte. Die Regierung hatte schon am Tage vor dieser Sitzung, am 29. Februar, in der Kammer die Erklärung abgegeben, daß sie zur Einführung der Bürgerbewaffnung und der Schwurgerichte, sowie zur Aufhebung der Zensur entschlossen sei; nunmehr sah sie sich in rascher Folge zu weiteren Zugeständnissen genötigt. Am 4. März ermächtigte der Großherzog den Minister Belf in der Zweiten Kammer mitzuteilen, daß ihre sämtlichen Wünsche, die in der Hauptsache in jenem Antrage Heckers enthalten waren, genehmigt würden. Gleich darauf erfolgte eine teilweise Erneuerung des Ministeriums, die Ernennung des alten Volksmannes Welcker zum Bundestagsgesandten in Frankfurt, endlich am 19. März die Verkündigung einer umfassenden politischen Amnestie. Aber alles das vermochte schon nicht mehr den einmal entfesselten Sturm zu besänftigen. Das zeigte sich auf der großen Volksversammlung, welche am 19. März in Offenburg tagte. Zwar wurde die Erklärung der Republik, die Struve beabsichtigt hatte, in letzter Stunde noch verhindert; dagegen entwarf man eine durchaus revolutionäre Organisation für das ganze Land und setzte zu deren Durchführung unter Hecker als Obmann einen Zentralausschuß ein, dem auch Brentano als Mitglied für den Mittelrheinkreis angehörte. Es folgten dann im April der verunglückte Freischaarenzug Heckers und im September der ebenfalls mißglückte Putsch Struves, beide unternommen, um auf gewaltsamem Wege die bestehende Regie-

rung zu stürzen und die „deutsche Republik“ herbeizuführen. Brentano war beiden Unternehmungen fern geblieben, und als die Regierung in der Zweiten Kammer am 17. April die Verfolgung Heckers ankündigte, erhob er nicht nur keinen Widerspruch, sondern stimmte auch der von der Kammer abgegebenen Erklärung bei, welche die Mißbilligung und den Abscheu vor der revolutionären That Heckers aussprach. Ja, noch mehr, er entschloß sich zu einem ihm gewiß sauer gefallenem Gang zu dem Minister Bekk, um diesem gegenüber sich persönlich von jedem Verdachte eines revolutionären Einverständnisses zu reinigen. Im übrigen hatten jene Ereignisse für Brentano zu Folge, daß er nach der Flucht Heckers und der Gefangennahme Strubes als eigentlicher Führer an die Spitze derjenigen Partei trat, die nunmehr teilweise schon ganz offen nicht nur auf den Sturz der augenblicklichen Regierung, sondern auch auf eine gewaltsame Umgestaltung der gesamten staatlichen Verhältnisse hinarbeitete. — Unmittelbar nach der erwähnten Offenburger Versammlung im März hatten sich im Lande Volksausschüsse revolutionären Charakters gebildet. Nach deren Auflösung durch die Regierung waren die demokratischen Vereine entstanden, und als auch diese der Auflösung verfielen, traten an ihre Stelle die „Volksvereine“. Von einem Einschreiten gegen die letzteren sah die Regierung zunächst ab, da die inzwischen von der Frankfurter Nationalversammlung beschlossenen Grundrechte des deutschen Volkes bestimmten, daß das Recht Vereine zu bilden durch keine vorbeugende Maßregeln beschränkt werden dürfe. Die Volksvereine verbreiteten sich rasch über das ganze Land. Ihren gemeinsamen Mittelpunkt fanden sie in dem „provisorischen Landesausschuß der Volksvereine“ in Mannheim, dessen erster Vorsitzender Brentano wurde. Eine planmäßige, bis ins einzelne gehende Organisation dieser Vereine, sowie eine rücksichtslose Agitation, welche durch die zahlreichen der Partei zur Verfügung stehenden Preßorgane aufs wirksamste unterstützt wurde, brachten es binnen kurzem dahin, daß der gesetzmäßigen Regierung des Landes die geheime Gegenregierung eines revolutionären Ausschusses gegenüber stand, welche die Ausführung ihr mißliebiger Maßnahmen und Anordnungen der ersteren wiederholt zu verhindern wußte. Das unumschränkte Haupt dieser Gegenregierung war Brentano. Über die letzten Ziele, die er und seine Gefinnungsgenossen im Landesausschuß verfolgten, verbreitete sich ein Zirkularschreiben, das am 8. Januar 1849 an die Volksvereine hinausgegeben wurde und den folgenden bezeichnenden Satz enthielt: „Ebenso wurde in Frankreich die Februar-

Revolution durch die im ganzen Lande bestandenen politischen Klubs und durch die große Verbreitung der politischen, die freie Presse im ganzen Umfange benützenden Tagesblätter vorbereitet, und als kaum der Kampf in Paris zu Ende war, standen auch schon aller Orts durch ganz Frankreich die im voraus bezeichneten Männer der republikanischen Partei an der Spitze der Bewegung und führten rasch die Beschlüsse der provisorischen Regierung aus.“ — Neben dieser in der Hauptsache immerhin im Verborgenen wirkenden Tätigkeit der Volksvereine ging die öffentliche in der Kammer einher. Auch in der Kammer hatte Brentano die Führerschaft der Partei übernommen und trat als deren hauptsächlichster Wortführer des öfteren auf. An den eigentlichen gesetzgeberischen Arbeiten der Kammer beteiligte er sich dabei freilich kaum, dagegen richtete er wiederholt Interpellationen an die Regierung und brachte Motionen ein, die geeignet waren, Aufsehen zu erregen und ihn als den natürlichen Beschützer und Retter angeblich gefährdeter Volksrechte erscheinen zu lassen. So hatte er beispielsweise schon im April, noch vor dem Heckerzuge, an die Regierung die Anfrage gerichtet, welchen Zweck sie mit der Ansammlung von Truppen anderer Bundesstaaten an den Grenzen des Landes verfolge, in der er ein Mittel der Reaktion zur Unterdrückung freiheitlicher Bestrebungen erblicken müsse. Im Mai stellte er dann in der Kammer den Antrag, daß die fliehenden Aufständischen von den Truppen nicht mit den Waffen in der Hand verfolgt werden sollten, und einige Monate später, im Oktober, als die Kammer sich wieder einmal mit den republikanischen Schilderhebungen beschäftigte, verstieg er sich zu der Behauptung, jedes Blutvergießen wäre verhindert worden, wenn die Regierung den Forderungen des Volkes nur mehr Rechnung getragen hätte, und stellte rundweg in Abrede, daß Baden durch die Bewegung im März irgend welche freiheitliche Errungenschaften erlangt habe. Anfänglich besleißigte er sich dabei immerhin noch einer gewissen Mäßigung, später, namentlich als die befürchtete Reaktion auf die revolutionären Putsche ausblieb und die Regierung deutlich zeigte, daß sie weder willens noch fähig sei, die Waffen, welche die revolutionäre Partei selbst wider Erwarten ihr in die Hand gegeben hatte, zu gebrauchen, steigerte er den Ton mehr und mehr, bis er zuletzt ins Maßlose überschlug. Die Angriffe, die er gegen die Regierung und auch gegen seine Gegner in der Kammer richtete, überschritten bald alle Grenzen und hatten kaum je auch nur einen Schein von Berechtigung für sich. Aber sie trugen ihm den Beifall der Galerie ein und gaben ihm Gelegenheit,

sich an diejenigen Mitgliedern der Regierung und der Kammer zu rächen, die seine Eigenliebe gekränkt hatten. Denn im Grunde hatte er mit seinem Auftreten in der Kammer wenig Glück. Nicht nur vereinigten seine Anträge selten mehr Stimmen auf sich als die paar seiner nächsten Parteigenossen, sondern er mußte sich auch des öftern energische Zurechtweisungen gefallen lassen. Insbesondere war es der Minister Beck, der die Blößen, die sich Brentano gab, geschickt benützte und in seiner kühlen, leidenschaftslosen Art ihn zu verschiedenen Malen gründlich abfertigte, dafür sich allerdings auch seinen bittersten Haß zuzog, einen Haß, der noch wuchs, als zu Beginn des Jahres 1849 Brentano in Mannheim zum Oberbürgermeister gewählt wurde, die Regierung aber dieser Wahl die Bestätigung versagte mit der Begründung, daß der Gewählte einem politischen Streben huldige, durch das auf den Umsturz der bestehenden Staatsverfassung planmäßig hingearbeitet werde. Der Sturz des Ministers wurde das Ziel, das Brentano fortan mit allen Mitteln in und außer der Kammer zu erreichen suchte. — Eines der hauptsächlichsten Agitationsmittel der radikalen Partei war die Forderung nach Auflösung der Kammer. Diese hatte sich bis dahin so ziemlich als die einzige und letzte Stütze der Regierung im Kampfe gegen den revolutionären Ansturm bewährt; mit ihrer Beseitigung, rechnete man, werde auch jene weichen müssen. In zahlreichen Petitionen, die noch im Laufe des Jahres 1848 aus allen Teilen des Landes an die Kammer gelangten, wurde diese aufgefordert, sich alsbald selbst aufzulösen und einer gesetzgebenden Versammlung Platz zu machen. Am 10. Februar 1849 fand die Beratung über diese Petitionen statt. Sie endigte mit einer vollständigen Niederlage der radikalen Partei. Ein von dem Abgeordneten Christ, einem Parteigenossen Brentanos, eingebrachter Antrag, der die Forderung der Petitionen in wesentlich abgeschwächter und gemildeter Form wiederholte, erlangte nur vier Stimmen. Als das Schicksal des Antrages schon so gut wie entschieden war, ergriff noch Brentano das Wort. Er war verärgert über den Gang der Verhandlung und machte diesem Ärger in heftigen Angriffen gegen den Minister Beck Luft, Angriffen, die so sehr selbst das überstiegen, was man von ihm gewohnt war, daß die eigenen Parteigenossen sich dagegen auflehnten, und Brentano sich genötigt sah, nachträglich seine Äußerungen dahin richtig zu stellen, daß er ausdrücklich erklärte, nicht auch im Namen seiner Partei gesprochen zu haben. Die unmittelbare Folge dieser parlamentarischen Niederlage war der Austritt der Mit-

glieder der Linken aus der Kammer. Nicht alle gingen gern, aber die radikalen Elemente draußen im Lande verlangten es, und die Führer in der Kammer waren schon seit einiger Zeit nicht mehr imstande, jenen gegenüber den eigenen Standpunkt immer mit Erfolg zu behaupten. Als einer der letzten trat am 8. März Brentano aus; es bedurfte dazu einer direkten Aufforderung des Vorstandes der Volksvereine, so schwer entschloß er sich, auf den Anschein einer gewissen Gesetzhlichkeit, welche die Zugehörigkeit zur Kammer bisher seinem Tun gegeben hatte, zu verzichten. Er war verstimmt über den Zwang, dem er sich hatte fügen müssen, und über diese Verstimmung halfen ihm auch die Erfolge nicht ganz hinweg, die er bald darauf als Verteidiger in den Hochverratsprozessen gegen Strube und Blind, sowie gegen Fidler vor den Geschworenen in Freiburg errang. Er erreichte, daß Strube und Blind zu einer außergewöhnlich geringen Strafe verurteilt und Fidler überhaupt freigesprochen wurde. Im übrigen gaben diese Prozesse einen Maßstab dafür ab, wie weit die Verhältnisse im Lande bereits gediehen waren. Im Prozesse gegen Strube und Blind ließen sich nicht nur die Staatsanwälte in lange politische Diskussionen mit den Angeklagten und den Verteidigern ein, sondern Brentano selbst konnte auch ungestört in einer Ansprache den Geschworenen eine Belehrung über Volkswillen, das Recht der Revolution, Republik u. a. erteilen, und während des Prozesses gegen Fidler ließ gar das Publikum Brentano und die Republik hochleben, wogegen allerdings, wie die amtliche Karlsruher Zeitung berichtete, „der Vorsitzende ernstliche Einsprache erhob“. Unmittelbar nach Beendigung des letzteren Prozesses, anfangs Mai, begab sich Brentano nach Baden. Er war abgesehen von seiner Verstimmung auch körperlich leidend und lebte vollständig zurückgezogen in einem Gasthose. So kam es, daß er an den nun folgenden Ereignissen zunächst nicht unmittelbar beteiligt war. — Schon am 4. Mai hatte der Landesausschuß der Volksvereine einen Aufruf zu einer Volksversammlung am 12. und 13. Mai in Offenburg erlassen. Der Zeitpunkt war günstig gewählt. Die Ablehnung der von der Frankfurter Nationalversammlung beschlossenen Reichsverfassung durch Preußen Ende April hatte eine allgemeine Gärung hervorgerufen, wie in anderen Teilen Deutschlands, so namentlich auch in Baden, wo Brentano in der ihm nichts weniger als sympathischen Verfassung schon frühe ein vorzügliches Agitationsmittel erkannt und auch als solches benützt hatte. Ein bestimmtes Programm war für die Offenburger Versammlung nicht vorgesehen. „Es handelt sich um die

Beratung der gegenwärtigen Lage unseres gesamten Vaterlandes . . .
Es fehle kein Freund des Volkes," hieß es in dem Aufrufe. Brentano stand dem letzteren fern; er war entweder gar nicht befragt oder zum mindesten nicht gehört worden. In Offenburg strömte am 12. und 13. Mai eine gewaltige Menschenmenge zusammen, darunter zahlreiche Bewaffnete. Am 12. fand eine vertrauliche Vorbesprechung der Abgeordneten der Volksvereine statt, in der eine Anzahl von Forderungen aufgestellt wurde, unter ihnen die bekannte nach Auflösung der Kammer und Berufung einer konstituierenden Versammlung. Eine Abordnung wurde beauftragt, der Regierung in Karlsruhe diese Forderungen zu überreichen, was auch in der Frühe des folgenden Tages geschah. Die Antwort der Minister Beck und von Dusch lautete im wesentlichen ablehnend. Ehe dieselbe noch in Offenburg bekannt geworden war, hatte indes die Volksversammlung selbst eine ganze Reihe weitgehendster Beschlüsse gefaßt. An erster Stelle stand die Forderung der Anerkennung der Reichsverfassung durch die Regierung und ihrer Durchführung mit Waffengewalt in den benachbarten Staaten. Nächstdem wurde die sofortige Entlassung des Ministeriums Beck verlangt und die Berufung eines Ministeriums Brentano, außerdem allgemeine Volksbewaffnung auf Staatskosten, Verschmelzung des stehenden Heeres mit der Volkswehr, freie Wahl der Offiziere durch die Soldaten, Abschaffung der alten Verwaltungsbureaucratie u. a. m. Mit der Durchführung dieser Beschlüsse wurde der Landesauschuß der Volksvereine betraut, dessen Vorsitzender, wie wir wissen, Brentano war. Dieser selbst war in Offenburg nicht zugegen; wiederholten Aufforderungen dahin zu kommen, welche ihm noch am 13. zugingen, leistete er keine Folge. Erst am Morgen des 14., nachdem inzwischen der Landesauschuß von Offenburg nach Rastatt gegangen war, begab auch er sich dorthin und stellte sich nunmehr an die Spitze der Bewegung. Diese hatte, begünstigt durch die an verschiedenen Orten gleichzeitig ausgebrochenen Militärmeutereien, namentlich diejenige in Rastatt (11. und 12. Mai), bereits das ganze Land ergriffen. Noch in der Nacht vom 13. auf 14. hatte der Großherzog, nachdem auch in Karlsruhe die Truppen gemeutert hatten und keine Aussicht vorhanden schien, ihrer Herr zu werden, seine Residenz verlassen und war außer Landes gegangen; am nächsten Morgen folgten ihm die Minister nach. Der Karlsruher Gemeinderat schickte darauf hin eine Abordnung nach Rastatt und ließ hier erklären, daß er dem Landesauschuß oder einer etwa errichteten provisorischen Regierung nicht entgegen treten werde,

wenn diese nach Karlsruhe kommen würden, vorausgesetzt, daß sie für den Schutz der Stadt sorgen wollten. Schon am Nachmittag des nämlichen Tages zog dann der Landesausschuß, begleitet von einem Teil der Rastatter Garnison und zahlreichen Freischärlern in der Residenz ein. Vom Balkon des Rathauses aus hielt Brentano eine Ansprache ziemlich gemäßigten Inhalts, in der er jedoch behauptete, der Landesausschuß habe auf die Einladung des Gemeinderats die Zügel der Regierung ergriffen; der von dem Oberbürgermeister Malsch sofort dagegen erhobene Widerspruch blieb unbeachtet. — Mit überraschender Schnelligkeit hatte die Revolution im ganzen Lande gesiegt, mit einer Schnelligkeit, die auch den Führern der Bewegung unerwartet und bis zu einem gewissen Grade selbst ungelegen kam. Insbesondere war das bei Brentano der Fall; für ihn ging das, was erreicht war, weit über das Ziel seiner Wünsche hinaus. Mit allen Mitteln hatte er am Sturze des Ministeriums Beck gearbeitet, in der Erwartung, dessen Stelle demnächst einzunehmen. War dies geschehen, dann, hoffte er wohl, würden sich auch Mittel und Wege finden, von den bisherigen Forderungen das, was er für gut fand, mit oder gegebenenfalls auch gegen den Großherzog durchzusetzen. Nun da dieser das Land verlassen, war es damit nichts. Brentano mochte etwas derartiges schon früher befürchtet haben; darum hatte er wohl die Aufforderungen, nach Offenburg zu kommen, damit beantwortet, daß er aufs eindringlichste von überstürzenden Maßregeln und zu weitgehenden Schritten abriet, darum auch mag er, wie berichtet wird, ernsthafte Bedenken getragen haben, dem Ruf an die Spitze der Bewegung zu folgen, darum endlich konnte es jetzt, da die Ereignisse diesen Gang genommen hatten, unbefangenen Beobachtern scheinen, als fühle er sich bei der ganzen Sache durchaus nicht wohl. Noch am 14. Mai übernahm der Landesausschuß in einer öffentlichen Erklärung die Regierung des Landes; gleichzeitig setzte er „in Anbetracht der Gefahr des Vaterlandes“ eine Exekutivkommission ein, die aus Brentano, Peter, Eichfeld und Goegg (vgl. oben S. 208 ff.) bestand. Brentano war das eigentliche Haupt; ebenso gebot er fast unbeschränkt in dem Landesausschuß, der fast ganz aus seinen Anhängern zusammengesetzt war. Mit dem Siege vom 14. Mai waren den Siegern auch sämtliche nicht unbedeutende Machtmittel des Staates in die Hände gefallen; es handelte sich nunmehr darum, in welcher Weise sie sich derselben zur Befestigung ihrer Macht bedienten. Um einen bleibenden Erfolg sich zu sichern, war es nötig, die im Lande verfügbaren Kräfte zielbewußt zusammenzufassen

und dann vor allem die revolutionäre Bewegung über die Grenze des Landes hinaus in die Nachbarstaaten zu tragen und so einen Brand zu entzünden, der die schwerwiegendsten Folgen haben konnte. Das erkannte auch Brentano ganz richtig, aber in der Ausführung kam er über halbe Maßregeln nicht hinaus, und daran war seine ganze Stellung zu der ohne sein Zutun, ja sogar wider seinen Willen ausgebrochenen Revolution schuld. Eine der Offenburger Forderungen war die Beseitigung der herrschenden Bureaucratie gewesen; jetzt war davon nicht mehr die Rede. Man begnügte sich, diejenigen Beamten, die der augenblicklichen Regierung gegenüber sich direkt feindlich verhielten, „volksfeindlich“ waren, zu entfernen; die übrigen behielten ihre Stellen. Auch die Ministerialkollegien mit ihren Beamten amtierten weiter. Als die letzteren der neuen Regierung den Eid leisten sollten, verstanden sie sich dazu nur unter dem Vorbehalt, daß durch denselben ihrer auf die Landesverfassung erfolgten Verpflichtung kein Eintrag geschehe. Sie bekundeten damit, daß sie nicht gewillt waren, etwaige Anordnungen des Landesauschusses auszuführen, die den Gesetzen und der Verfassung widersprachen, ebenso aber auch, daß sie den ganzen Zustand nur als etwas vorübergehendes ansahen. Und der Landesauschuß ließ sich dazu herbei, durch Genehmigung des Vorbehaltes, das letztere gewissermaßen gleichfalls anzuerkennen, allerdings nicht ohne daß Brentano sich persönlich einsetzen mußte, um gegen Struve und seine Anhänger einen zuerst in entgegengesetztem Sinne gefaßten Beschluß wieder rückgängig zu machen. Der Gegensatz, in den Brentano, nachdem er zur Macht gelangt war, alsbald zu den weiter links stehenden Elementen der eigenen Partei geriet, die soeben noch seine vornehmlichste Stütze gewesen, trat hier zum erstenmal zutage. Er verschärfte sich rasch mehr und mehr und führte später zu dem Versuche Struves und seiner Anhänger, Brentano mit Gewalt aus seiner Stellung an der Spitze der Regierung zu verdrängen (6. Juni). Der Versuch mißlang zwar, aber Brentano hatte, um seiner früheren Freunde sich zu erwehren, die Hilfe der gemeinsamen Feinde, der Konservativen, in Anspruch nehmen müssen, insbesondere diejenige der als reaktionär verrufenen Karlsruher Bürgerwehr, und indem er sich dieser damit verpflichtete, ohne sie doch für sich zu gewinnen, wurde der Bruch mit denjenigen, denen er seine augenblickliche Stellung in erster Linie verdankte, ein vollständiger. — Dem Landesauschuß war keine lange Dauer beschieden; in seiner Vielköpfigkeit — er zählte gegen 30 Mitglieder — war er eine schwerfällige, zum Regieren wenig brauchbare Maschine, und Bren-

tano entledigte sich seiner bei der ersten sich bietenden Gelegenheit. Schon am 1. Juni hörte er auf zu bestehen, nachdem er noch zuvor eine aus fünf Mitgliedern zusammengesetzte provisorische Regierung gewählt hatte, in der wiederum Brentano die leitende Persönlichkeit war. Wenige Tage darauf, am 3. Juni, wurden die Wahlen zu der gesetzgebenden Versammlung vollzogen, deren Anordnung eine der ersten Amtshandlungen der revolutionären Regierung gewesen war; fast überall drangen die Anhänger Brentanos durch. Am 10. Juni wurde die neue Versammlung eröffnet, wobei Brentano eine Rede hielt, die durch den Mangel an jeder Begeisterung und namentlich an jedem revolutionären Feuer auffiel. Im übrigen war die neue Versammlung ebenso wenig imstande, auf die verworrenen Geschicke des Landes bestimmend einzuwirken, wie vorher der Landesausschuß. Das Urteil, das Brentano selbst später über sie gefällt hat, trifft vollständig zu; sie bestand in der That in ihrer Mehrheit aus unfähigen, gewöhnlichen Schreibern und bot das klägliche Bild einer Volksvertretung, welche je getagt hatte und welche ihren gänzlichen Mangel an Einsicht und Kenntnissen hinter sogenannten revolutionären Anträgen zu verbergen suchte, die heute zum Beschluß erhoben, morgen als unausführbar wieder umgestoßen werden mußten. In ihrer Sitzung vom 13. Juni beschloß die gesetzgebende Versammlung die Bestellung einer neuen Regierung, der dritten in vier Wochen. Brentano war des Regiments bereits überdrüssig und wäre am liebsten zurückgetreten, aber das ging nicht, da die Mehrheit ihn für unentbehrlich hielt, und so blieb er, nachdem man ihm eine möglichst unumschränkte Gewalt eingeräumt hatte. Es wurde die dreiköpfige Diktatur geschaffen, bestehend aus Brentano, Goegg und Werner, die aber im Grunde auf die alleinige Diktatur Brentanos hinauslief, da ihm allein die Wahl der Minister überlassen war und seine beide Kollegen ihm überdies durch allzuvielen Dreinsprechen nicht unbequem wurden. So wäre er mit den ihm übertragenen Machtmitteln immerhin in der Lage gewesen, eine Regierungsgewalt zu entfalten; aber dazu kam es nicht mehr aus Gründen, die in den äußeren Verhältnissen lagen. Die beabsichtigte Propaganda der Revolution in den Nachbarländern war schon im ersten Anlauf kläglich mißlungen. Wohl war zwischen dem Landesausschuß und der provisorischen Regierung der bayerischen Rheinpfalz schon am 18. Mai ein Vertrag zustande gekommen, der u. a. die Bestimmungen enthielt, daß Baden und die Pfalz in militärischer Hinsicht ein Land bilden und die Einwohner beider Länder in allen Beziehungen als Angehörige eines

und desselben Staates betrachtet werden sollten; aber als dann die Pfälzer eine tatkräftige Unterstützung von ihren Verbündeten verlangten, verstanden sich diese erst nach langwierigen Verhandlungen dazu, einige Geschütze und diese nur gegen Bezahlung zu liefern; ein Anlehen an Geld versagten sie hartnäckig. Man erinnerte sich in Baden sehr zur un rechten Zeit daran, daß man eigentlich nur einen badischen Putzsch gewollt hatte, und überließ die Bundesgenossen ohne Bedenken ihrem Schicksal, das sich dann freilich auch rasch genug vollzog. Nach Hessen sollte die Revolution mit Waffengewalt verpflanzt werden. Ein erster Versuch scheiterte daran, daß die dazu beorderten Truppen sich weigerten, die Grenze zu überschreiten, ein zweiter, von dem ehemaligen Leutnant und nunmehrigen Kriegsminister Sigel unternommen, führte zu den Niederlagen bei Heppenheim und Hemsbach (30. Mai) und der Flucht der Revolutionstruppen bis Heidelberg. Und ebenso mißlang der Versuch Württemberg durch Emiffäre zu revoltieren. Fidler, ein Mitglied der provisorischen Regierung, der zu diesem Zwecke nach Stuttgart gereist war, wurde dort alsbald nach seiner Ankunft festgenommen. Inzwischen hatte Großherzog Leopold bei Preußen die nachgesuchte Hilfe gefunden. In Verbindung mit den vom Reichsverweser Erzherzog Johann aufgegebenen Reichskontingenten schickten sich nunmehr die preußischen Truppen an, den Aufruhr in Baden zu unterdrücken. Die provisorische Regierung hatte, nachdem alle anderen von ihr bestellten militärischen Führer nacheinander Fiasko gemacht hatten, sich den Polen Mieroslawski als Oberbefehlshaber verschrieben, aber auch diesem gelang es nicht mehr, das Schicksal der badischen Revolution aufzuhalten. Den Kämpfen am Neckar bei Hirschhorn, Badenburg und Ludwigshafen am 15. Juni und dem Vorstoße Mieroslawskis auf Großsachsen und Weinheim am 16. folgten am 20. der Rheinübergang der Preußen bei Germersheim, am 21. die Gefechte bei Waghäusel und Wiesental, die Auflösung der Revolutionsarmee und ihr Rückzug über Sinsheim (23. Juni), dann die Rückzugsgefechte bei Abstatt, Durlach, Gernsbach und Doss (23. bis 30. Juni). Schon mit dem Beginn des ersten Kampfes war die Bedeutung der Regierung in Karlsruhe und der gesetzgebenden Versammlung ganz in den Hintergrund getreten; bei der Armee war die Gewalt, hier wurde das Schicksal der Revolution entschieden, um die Karlsruher Regenten und ihre Versammlung kümmerte sich kein Mensch mehr. Brentano selbst gab in dieser Zeit das Beispiel vollständigster Entmutigung. Die Zügel der Regierung entglitten seinen Händen; er ließ die alten Beamten in

den höchsten Kollegien ebenso gewähren, wie er die Gewalttaten der revolutionären Kommissäre hinnahm, ohne den Versuch zu machen, sie zu hindern. Am 25. Juni verließ er mit den letzten noch anwesenden Mitgliedern der gesetzgebenden Versammlung beim Herannahen der Preußen in eiliger Flucht Karlsruhe. Auf dem Wege nach Freiburg, dem nächsten Ziel, leitete er noch eine Exekution gegen Lahr, weil einige Einwohner dieser Stadt geplant hatten, den Eisenbahnzug wegzunehmen, welcher das Geld der revolutionären Regierung nach dem Oberlande entführte. In Freiburg selbst herrschte die größte Verwirrung; die revolutionäre Regierung versagte vollständig. Dies benutzten die extremen Elemente zu einem erneuten Vorstoß gegen Brentano. In der gesetzgebenden Versammlung trat Strube mit einem Antrag hervor, welcher darauf hienzielte, Brentano und Goegg von der Diktatur zu entfernen. Der Antrag wurde zwar, wenn auch mit geringer Mehrheit, abgelehnt; dagegen wurde ein weiterer Antrag Strubes, den Kampf mit allen zu Gebote stehenden Mitteln fortzusetzen und jeden Versuch einer Unterhandlung mit dem Feinde als Verrat zu betrachten und zu bestrafen, trotz dem heftigen Widerspruch Brentanos angenommen. Die Forderung Verhandlungen anzuknüpfen und damit diejenige der Rückberufung des Großherzogs war seit Beginn der Revolution wiederholt laut geworden. Als Brentano nach den Niederlagen Sigels an der Bergstraße nach Heidelberg geeilt war, um die über ihren Führer erbitterten Soldaten zu beruhigen, hatten ihn diese mit Hochrufen auf den Großherzog empfangen und laut dessen Rückkehr verlangt. Im Landesausschuß und in der gesetzgebenden Versammlung hatte dann insbesondere der Abgeordnete Jungmanns zu verschiedenen Malen es ausgesprochen, daß einzig in der Wiedereinsetzung des Großherzogs die Rettung aus den herrschenden trostlosen Verhältnissen erblickt werden könne. Brentano hatte sich diesen Forderungen gegenüber bis dahin ablehnend verhalten. Zwar wäre es ihm von Anfang an am liebsten gewesen, der Großherzog hätte das Land überhaupt nicht verlassen, aber nachdem dies einmal geschehen, war er klug genug einzusehen, daß die Rückkehr des Fürsten für ihn nicht nur den vollständigen Verzicht auf die Macht, die er augenblicklich besaß, sondern auch auf jede weitere Rolle im öffentlichen Leben bedeutete, und dazu mochte er, solange die Zustände nicht ganz hoffnungslos waren, denn doch die Hand nicht bieten. Jetzt freilich, da er sich über die Ausichtslosigkeit jedes ferneren Widerstandes keiner Täuschung mehr hingeben konnte, griff auch er den Gedanken an Unterhandlungen auf

und sprach im vertrauten Kreise offen davon, daß man durch solche der aufgelösten Armee die Verbannung in die Fremde ersparen müsse. Unter diesen Umständen mußte er in der Annahme des Struveschen Antrags ein gegen ihn gerichtetes Mißtrauensvotum erblicken, und dieses gab ihm den nicht unerwünschten Anlaß, sich von der Sache, die doch verloren war, zu trennen. Unmittelbar nachdem die Versammlung den Antrag Struves zum Beschluß erhoben hatte, legte er seine Stelle als Diktator und Mitglied der Versammlung nieder und verließ in der Nacht vom 28. auf 29. Juni Freiburg, um sich nach der Schweiz zu begeben. Als am andern Morgen eine Abordnung der Volksvertreter ihn aufsuchen wollte, um ihn durch die Versicherung, daß mit dem Beschlusse kein Mißtrauensvotum beabsichtigt gewesen, zur Zurücknahme seines Entschlusses zu bewegen, war es bereits zu spät. Die Versammlung mußte sich begnügen, in einem Manifeste seine Flucht als feigen Verrat am Vaterlande zu bezeichnen. Brentano antwortete darauf mit einer Erklärung aus Feuerthalen gegenüber Schaffhausen vom 1. Juli, in welcher er seiner Partei und der ganzen Bewegung, damit freilich auch sich selbst, ein Urteil sprach, wie es vernichtender der erbitterteste Gegner nicht hätte fällen können. Indem er sich darauf berief, daß er blutige Gewalttaten verhindert und sich nicht mit dem Gelde des Landes bereichert habe, warf er seinen Genossen vollendetste Unfähigkeit vor und beschuldigte sie, daß sie sich von gemeinen und eigennützigen Beweggründen bei ihrem Tun und Handeln hätten leiten lassen. Das Schriftstück ist wiederholt gedruckt worden und findet sich auch in Häußers „Denkwürdigkeiten zur Geschichte der Badischen Revolution“ (S. 636—643). — Nach der Unterdrückung des Aufstandes wurde Brentano in contumaciam zu lebenslänglichem Zuchthaus verurteilt. Er hielt sich zunächst in der Schweiz auf und ging, als ihm hier das Asylrecht gekündigt wurde, 1850 nach Amerika. Hier gründete er in Potsville (Pennsylvania) eine deutsche Zeitung „Der Leuchtturm“ und führte einen heftigen Kampf gegen die Sklaverei und die dortigen Demokraten. Später erwarb er eine Farm in Michigan, die er einige Jahre selbst bestellte. 1859 wurde er als Redakteur der „Illinois-Staatszeitung“ nach Chicago berufen. 1862 bis 1867 war er erster Redakteur und Mitbesitzer dieser Zeitung und leistete in dieser Eigenschaft während des Bürgerkrieges der Sache der Union große Dienste. Er wurde in das Repräsentantenhaus der Staatslegislatur gewählt, wurde ferner Mitglied und Präsident des Stadtrats in Chicago und trug in letzterer Eigenschaft viel zur Einführung des

deutschen Unterrichts in den öffentlichen Schulen bei. Nach Europa zurückgekehrt, nahm er 1869 in der Alabamaangelegenheit, dem Streite zwischen den Vereinigten Staaten und England wegen des in letzterem Lande für die Südstaaten gebauten Raperschiffes „Alabama“, sich seines Adoptivwaterlandes aufs lebhafteste an und wurde 1872 amerikanischer Konsul in Dresden. Nach seiner Rückkehr nach Amerika wurde er 1876 als Abgeordneter in den Kongreß gewählt. In späteren Jahren trennte er sich von der republikanischen Partei, der er bisher angehört hatte, und wirkte 1884 für die Erwählung des Kandidaten der Demokraten, Cleveland, zum Präsidenten der Vereinigten Staaten. Er starb am 17. September 1891 in Chicago. *

Heinrich von Treitschke

hat nur etwa acht Jahre in Baden gelebt und gewirkt, aber sein Name darf doch in der Sammlung der Biographien verdienter Männer Badens nicht fehlen, wenn auch die Schilderung seines Lebens und Wirkens deshalb etwas kürzer gefaßt werden muß. Er gehörte zu den hervorragendsten Bierden der Hochschulen Freiburg und Heidelberg. Am 15. Dezember 1834 in Dresden geboren, als Sohn eines sächsischen Offiziers, der zuletzt Generalleutnant und Kommandant der Festung Königstein war, erhielt Heinrich v. Treitschke seine Schulbildung auf der dortigen Kreuzschule, wo er bald durch Talent und Fleiß sich auszeichnete. Nachdem er Ostern 1851, sechzehnjährig, die Abiturientenprüfung glänzend bestanden hatte, bezog er die Universität Bonn, um die Staatswissenschaften zu studieren. Von den ausgezeichneten Professoren, deren Vorlesungen er besuchte und von denen hier nur Ernst Moritz Arndt genannt sei, wirkte doch keiner so nachhaltig auf ihn ein als Dahlmann, dessen historisch-politische Anschauungen ihn bestimmend und entscheidend beeinflussten. In Bonn auch war es, wo er sich die preußische Staatsgefinnung aneignete, in deren Verbreitung und Festigung er in seinen späteren Jahren eine seiner vornehmsten Aufgaben erblickte; freilich geriet er dadurch in einen schweren Konflikt mit den Anschauungen und Überzeugungen seiner Familie, deren sächsischer Patriotismus sich mit seinen politischen Idealen nicht befreunden konnte. Für diese fand Treitschke dagegen volles Verständnis in der Burschenschaft Frankonia, in deren Mitte er ein fröhliches Studentenleben führte, wie es am Rhein gedeiht, und Freundschaften für das Leben schloß, unter anderen mit